

POLICY BRIEF

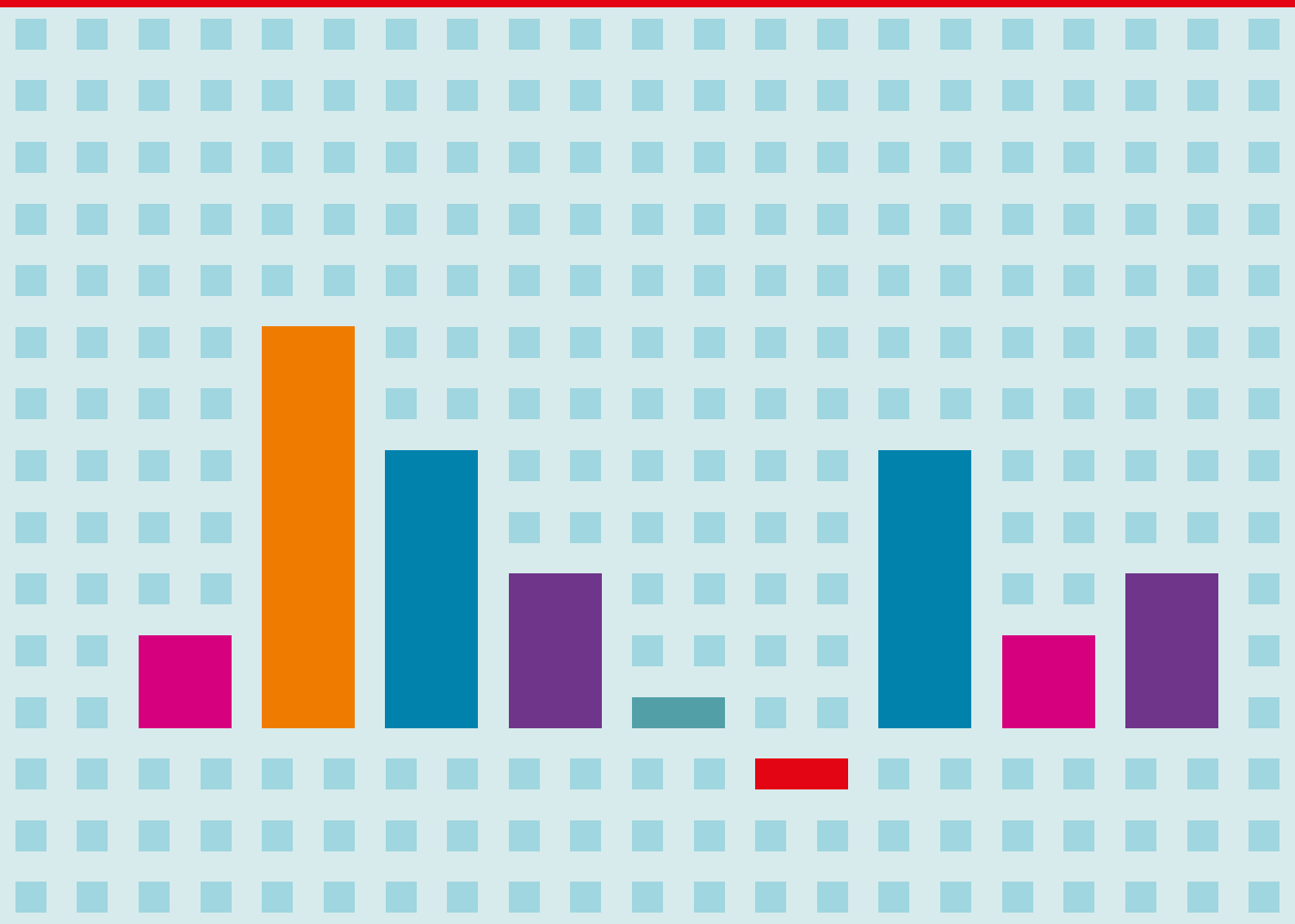
IMK Policy Brief Nr. 216 · Mai 2026

Das IMK ist ein Institut
der Hans-Böckler-Stiftung

IMK INFLATIONSMONITOR

Kraftstoffpreise treiben deutsche Inflation im April 2026 auf 2,9 %

Silke Tober



IMK INFLATIONSMONITOR

Kraftstoffpreise treiben deutsche Inflation im April 2026 auf 2,9 %

Silke Tober¹

Zusammenfassung

Die deutsche Inflationsrate stieg im April 2026 um weitere 0,2 Prozentpunkte auf 2,9 %. Dabei hätte der stärkere Anstieg der Kraftstoff- und Heizölpreise die Inflation zwar für sich genommen sogar um 0,3 Prozentpunkte erhöht, aber die Kernrate verringerte sich zugleich leicht. Der Preisauftrieb bei Nahrungsmitteln, Alkohol und Tabak legte etwas zu, blieb aber moderat.

Die HVPI-Inflation stieg ebenfalls auf 2,9 % und lag damit erstmals seit Juli 2025 unter der des Euroraums insgesamt (3,0 %).

Der Preisschub bei den Kraftstoffpreisen hat die Inflationsraten von Familien mit geringen und mittleren Einkommen im zweiten Monat des Irankriegs besonders deutlich erhöht, und zwar auf nunmehr 2,9 % bzw. 3,0 %. Dabei gingen 1,3 Prozentpunkte allein auf die Kraftstoffsteuerung zurück, verglichen mit 2 Prozentpunkten im zweiten Monat des Ukrainekriegs.

Die EZB war gut beraten, die Zinsen auf ihrer April-Sitzung unverändert zu lassen. Ob eine Zinserhöhung erforderlich wird, hängt davon ab, wie lange die Blockade der Straße von Hormus noch anhält und welche Maßnahmen die Regierungen zur Eindämmung von Zweitrunden ergreifen, darunter günstigenfalls auch eine Neuauflage der Inflationsausgleichsprämie als Ersatz für die vom Bundesrat jüngst abgelehnte, missverständlich kommunizierte und wohl sogar intern falsch verstandene Entlastungsprämie. Gelingt ein Ende des Irankriegs und die Öffnung der Straße von Hormus in den kommenden Wochen, dürfte der Rohölpreis deutlich fallen und mit ihm die Inflation.

Inhaltsverzeichnis

<i>Nahrungsmittelpreise steigen anders als nach Ausbruch des Ukrainekriegs nur moderat</i>	2
<i>Geringere Kraftstoffsteuerung als im April 2022, Erdgaspreise sinken von hohem Niveau</i>	3
<i>Kernrate verringert sich den zweiten Monat in Folge</i>	5
<i>Inflationsbelastung der privaten Haushalte deutlich geringer als im April 2022</i>	6
<i>Heizöl- und Kraftstoffpreise treiben HVPI-Inflation, Kernrate sinkt auf 2,3 %</i>	8
<i>Bisher kein geldpolitischer Handlungsbedarf, Bundesregierung muss auf längeren Höhenflug der Energiepreise vorbereitet sein</i>	9
<i>Anhang</i>	10
<i>Literatur</i>	12

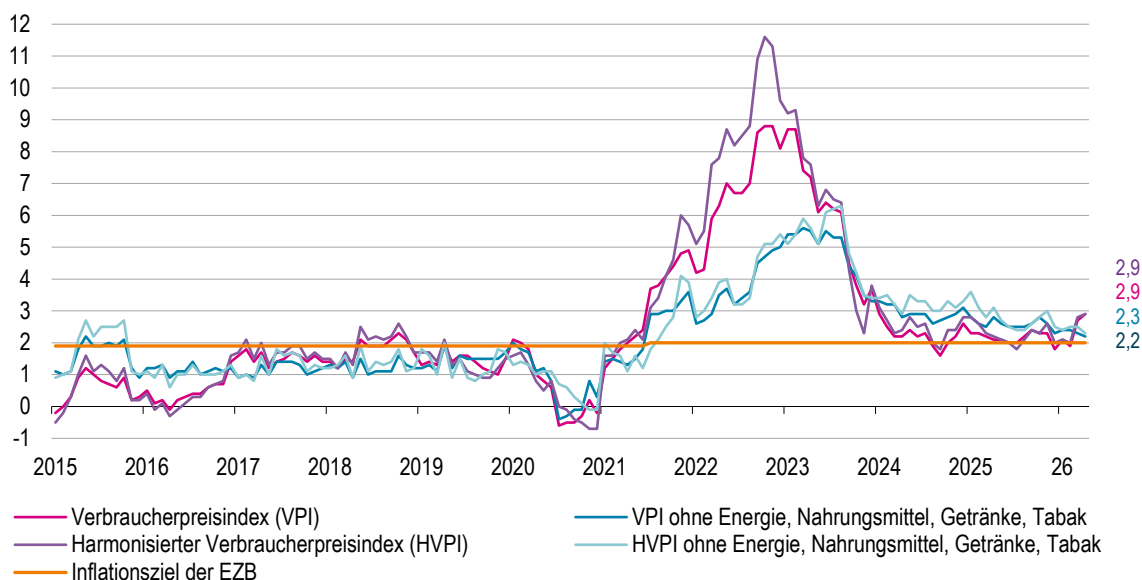
¹ Dr. Silke Tober, Referatsleitung Geldpolitik, Silke-Tober@boeckler.de

Nahrungsmittelpreise steigen anders als nach Ausbruch des Ukrainekriegs nur moderat

Die Inflationsrate in Deutschland – gemessen als prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat – erhöhte sich im April 2026 um 0,2 Prozentpunkte auf 2,9 % (Abbildung 1). Dabei hätte allein die verstärkte Teuerung von Kraftstoffen und Heizöl – 28,1 % nach 21,8 % im März 2026 – einen Anstieg von 0,3 Prozentpunkten bewirkt. Allerdings dämpfte der Rückgang der Strom- und Erdgaspreise die Teuerung der Energie insgesamt (10,1 %). Zudem verringerte sich die Kernrate ohne Energie, Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak leicht auf 2,2 %.² Dabei schwächte sich die Teuerung von Dienstleistungen deutlich ab (2,8 % nach 3,2 %), während der Preisanstieg von Waren in der Kernrate bei 0,9 % verharrete. Die Preise von Nahrungsmitteln, Alkohol und Tabak legten mit 2,1 % moderat zu, nach 2,0 % im März 2026.

Abbildung 1: Inflation und Kerninflation in Deutschland

Januar 2015 – April 2026, Veränderungen der Indizes gegenüber Vorjahresmonat, in %



Quellen: Eurostat; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IMK.



Der Anstieg der Preise für Nahrungsmitteln im engen Sinne war mit 1,2 % gering (März 2026: 0,9 %). Auch bei alkoholischen Getränken war die Teuerung moderat (1,8 % nach 2,2 % im März 2026). Demgegenüber stiegen die Preise für alkoholfreie Getränke weiterhin deutlich, wenn auch abgeschwächt (4,1 % nach 4,3 %) und der kräftige Preisauftrieb bei Tabakwaren nahm weiter zu (6,2 % nach 6,1 %).

Speisefette und -öle verbilligten sich um -13,9 % – insbesondere wegen des weiterhin starken Preisrückgangs bei Butter (-25,4 %) und Olivenöl (-8,9 %). Die Preise für Molkereiprodukte sanken ebenfalls (-5,6 %), während sich Mineralwasser, Limonaden und Säfte um 1,1 % verteuerten, Gemüse sowie Brot- und Getreideerzeugnisse um 1,4 %, Fisch und Meeresfrüchte um 3,7 %, Fleisch- und

² Die vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte Kernrate verringerte sich von 2,5 % auf 2,3 % im April 2026. Das Statistische Bundesamt lässt neben Energie nur Nahrungsmittel im engen Sinne unberücksichtigt, während hier in Einklang mit Eurostat Nahrungsmittel einschließlich alkoholfreier und alkoholischer Getränke sowie Tabakwaren herausgerechnet werden.

Fleischwaren um 3,6 %, Obst ebenfalls um 3,6 % – darunter frisches Obst um 0,9 % –, Zucker, Marmeladen sowie andere Süßwaren um 6,6 %, Kaffee, Tee sowie Kakao um 11,1 % und Eier um 14,6 %.

Die Energiepreiskrise infolge des Irankriegs hat die Nahrungsmittelpreise noch nicht erreicht. Dauert sie jedoch an, könnte es ähnlich starke Preissteigerungen geben wie im Zuge des Ukraine-Kriegs. Wie der Irankrieg begann auch der Ukraine-Krieg Ende Februar, genauer am 24. Februar 2022 verglichen mit dem 28. Februar 2026. Da die Ukraine ein global bedeutender Exporteur von Getreide und Pflanzenölen ist, kam es bereits im März 2022 zu einem Preisschub bei den globalen Agrarrohstoffpreisen (Abbildung 2) und die Nahrungsmittelpreise in Deutschland lagen im April 2022 um 7,3 % über dem Dezember-Niveau des Vorjahres. Im April 2026 befanden sich die Nahrungsmittelpreise demgegenüber nur 1,6 % höher als im Dezember 2025, da dieser Krieg die Nahrungsmittelpreise nicht direkt, sondern nur indirekt durch die höheren Energie-, Transport- und Düngemittelpreise trifft.

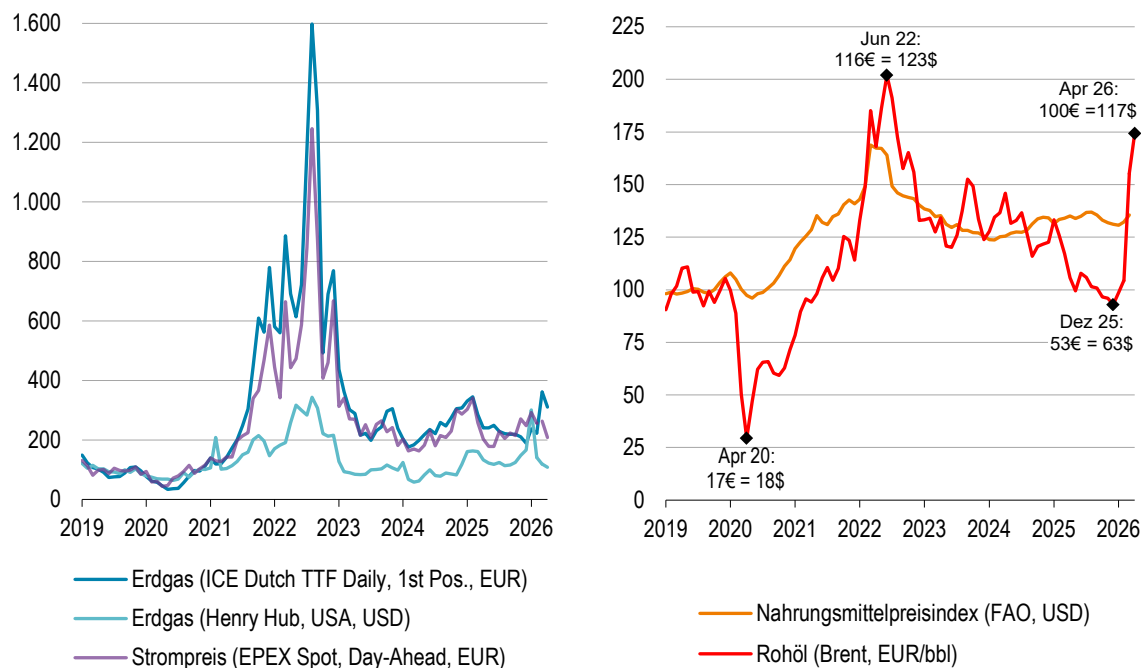
Trotz des direkten Preisschubs nach Ausbruch des Ukraine-Kriegs wurde die Spitze der Nahrungsmittelteuerung erst etwa ein Jahr später – im März 2023 – erreicht, wobei die Preise von Nahrungsmitteln einschließlich alkoholfreier Getränke um 21,2 % stiegen und 2,8 Prozentpunkte zur Inflationsrate von damals 7,4 % beitrugen, verglichen mit 1,0 Prozentpunkten im April 2022 und 0,2 Prozentpunkten im April 2026. Zu diesem Zeitpunkt waren die globalen Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse bereits um 20 % gegenüber ihrem Höchststand gesunken.

Geringere Kraftstoffteuerung als im April 2022, Erdgaspreise sinken von hohem Niveau

Die Kraftstoffpreise lagen im April 2026 26,2 % höher als ein Jahr zuvor und sogar 28,7 % höher als im Dezember 2025, dem Monat vor den aktuellen geopolitischen Spannungen im Nahen Osten. Insbesondere nach Ausbruch des Krieges Ende Februar 2026 zogen die bereits seit Jahresbeginn steigenden Rohölpreise deutlich an und erreichten im April den Durchschnittswert von 117 US-Dollar je Fass für die Nordseesorte Brent (Abbildung 2). Nach Beginn des Ukraine-Kriegs hatte der Rohölpreis dieses Niveau bereits im März 2022 erreicht und war im April 2022 zunächst auf 105 US-Dollar je Fass zurückgefallen und damit auf etwa das Niveau, das in diesem Jahr im März erreicht wurde (103 US-Dollar je Fass). In Euro gerechnet lag der Preis für ein Fass Rohöl der Nordseesorte Brent allerdings mit 97 Euro (April 2022) und 100 Euro (April 2026) auf ähnlichem Niveau, da der US-Dollar ab Mitte 2021 infolge des kräftigen US-Wachstums deutlich aufgewertet hatte.

Zwar befand sich der Europreis für Rohöl im zweiten Monat nach Ausbruch beider Kriege auf einem ähnlichen Niveau, doch die Preishistorien unterschieden sich diametral und damit auch die Veränderungsraten. Im April 2021 – dem Basismonat für die Inflation im April 2022 – war der Rohölpreis im Aufwärtstrend nach dem drastischen Preisverfall auf 17 Euro je Fass (April 2020) im ersten Jahr der Coronapandemie (Abbildung 2). Dabei hatte er das Vorpandemieniveau noch nicht wieder erreicht und stieg im Jahresverlauf 2021 weiter, auch wegen der kräftigen weltwirtschaftlichen Erholung, Förderkürzungen der OPEC sowie pandemiebedingter Engpässe bei der Förderung und den Raffineriekapazitäten. Daher war die Basis des Rohölpreisanstiegs im April 2022 gering und der durch den Ukraine-Krieg zusätzlich sprunghaft gestiegene Vergleichswert hoch, so dass der Rohölpreis im April 2022 um 79 % höher lag als ein Jahr zuvor.

Abbildung 2: Internationale Energie- und Agrarrohstoffpreise
 Index 2019=100, Januar 2019 – April 2026, Monatsdurchschnittswerte



Quellen: EZB; FAO; Macrobond; U.S. Energy Information Administration;
 Berechnungen des IMK.



Demgegenüber befand sich der Europreis für Rohöl im Jahr 2025 auf einem Abwärtstrend – vor allem aufgrund abgeschwächter globaler Wachstumserwartungen, einer Aufwertung des Euro und eines höheren Rohölangebots infolge zusätzlicher OPEC-Fördermengen sowie steigender US-Schieferölproduktion. Da die Basis des Rohölpreisanstiegs im April 2026 – der Wert im April 2025 – folglich hoch war, fiel der Anstieg mit 65 % deutlich schwächer aus als im April 2022.

Betrachtet man jedoch den Zeitraum seit Dezember des Vorjahres zeigt sich mit 88 % ein deutlich kräftigerer Preisanstieg im April 2026 als mit 47 % im April 2022. Daher fiel auch der Kraftstoffpreisanstieg zwischen Dezember und April im Jahr 2026 mit 28,7 % stärker aus als im entsprechenden Zeitraum 2022 (21,5 %). Dabei verteuerte sich Super E10 seit Dezember 2025 um 41 Cent und Diesel um 64 Cent.³

Der entscheidende Unterschied bei der Energiepreisentwicklung im jeweils zweiten Monat des Ukraine- und Irankriegs lag im Erdgaspreis. Während der Großhandelspreis für europäisches Erdgas (TTF) im April 2026 das Vorjahresniveau um 29 % übertraf, waren es im April 2022 387 %. Bereits Anfang 2022 warnte der IMK Inflationsmonitor, dass der Höhenflug der Großhandelspreise für Erdgas massiv auf die Inflationsrate wirken würde (Dullien und Tober 2022). Kurz vor Inkrafttreten der damals geforderten Gaspreisbremse lag der Inflationsbeitrag von Erdgas im November 2022 bei 0,9 Prozentpunkten. Gemessen am damaligen

³ Berechnet hier auf Grundlage des Verbraucherpreisindex. Verwendet man hingegen die in dem [Dashboard von Destatis](#) ausgewiesenen Kraftstoffpreise betrug der Anstieg von Dezember 2025 bis April 2026 bei Super E10 42 ct/l und bei Diesel um 68 ct/l.

Verbraucherpreisindex mit der Basis 2015 betrug der Inflationsbeitrag sogar 2,0 Prozentpunkte, der Inflationsbeitrag zur HVPI-Inflation lag bei 2,4 Prozentpunkte.

Anders als die Rohölpreise, die sich unmittelbar über die Kraftstoffpreise im Verbraucherpreisindex niederschlagen, wirken die Großhandelspreise für Erdgas zeitlich verzögert, da die meisten Haushalte längerfristige Verträge haben und Heizkostenabrechnungen bei Mieterhaushalten zudem erst später wirksam werden. Da die gehandelten Erdgaspreise – ähnlich wie die Rohölpreise – im April 2021 auf Erholungskurs waren, aber unter dem Vorpandemieniveau lagen, und in der zweiten Jahreshälfte 2021 im Zuge der Konflikte zwischen Russland und der Ukraine sowie rund um die Nordstream-2-Pipeline weiter kräftig anzogen, schlugen sie sich jedoch bereits im Verbraucherpreisindex nieder – mit einem Anstieg von 31,8 % bzw. einem Inflationsbeitrag von 0,35 Prozentpunkten. Demgegenüber war Erdgas für die privaten Haushalte im April 2026 3,0 % billiger als ein Jahr zuvor und lieferte einen leicht negativen Inflationsbeitrag von -0,05 Prozentpunkten.

Kernrate verringert sich den zweiten Monat in Folge

Der Anstieg der Dienstleistungspreise verringerte sich im April 2026 um 0,4 Prozentpunkte auf 2,8 %. Allerdings ist dieser Rückgang zumindest teilweise auf die spätere Lage von Ostern im Vergleich zum Vorjahr zurückzuführen: Die Preise für Pauschalreisen und Flüge waren im April 2026 mit -3,5 % (nach 4,9 % im März 2026) bzw. -6,3 % (nach 17,1 %) rückläufig und verringerten den Anstieg der Dienstleistungspreise insgesamt sogar um 0,5 Prozentpunkte gegenüber März 2026.

Ansonsten waren die Veränderungen der Teuerung im Dienstleistungsbereich erneut gering. So verharrte der Preisanstieg von kombinierten Personenbeförderungsleistungen bei 6,2 %, von stationären Gesundheitsdienstleistungen bei 3,4 % und von Bildungsdienstleistungen bei 4,5 %. Zugleich verteuerten sich „Andere Dienstleistungen für die Körperpflege“ wie Gesichtskosmetik, Maniküre und Sauna stärker (3,8 % nach 3,6 %) wie auch Übernachtungen (4,6 % nach 4,0 %), die Wartung und Reparatur von Fahrzeugen (5,0 % nach 4,8 %) sowie Freizeit- und Kulturdienstleistungen (3,9 % nach 2,2 %), Demgegenüber nahm die Teuerung bei mehreren Dienstleistungen ab, etwa wie bei Brief- und Paketdienstleistungen (1,3 % nach 1,8 %), Bahntickets (1,7 % nach 2,4 %), Gaststätten (3,2 % nach 3,3 %), Finanzdienstleistungen (3,2 % nach 3,8 %) und Dienstleistungen sozialer Einrichtungen (6,8 % nach 7,0 %). Bei den Versicherungen zeigte sich erneut ein gemischtes Bild: Während die ohnehin stark verteuerten Kfz-Versicherungen kräftiger zulegten (6,7 % nach 1,4 %) und der Preisanstieg bei der privaten Unfall- und Krankenversicherung von 4,7 % im März 2026 auf 5,2 % stieg, sanken die Prämien für die Hausratversicherung erneut etwas stärker (-1,5 % nach -0,9 %).

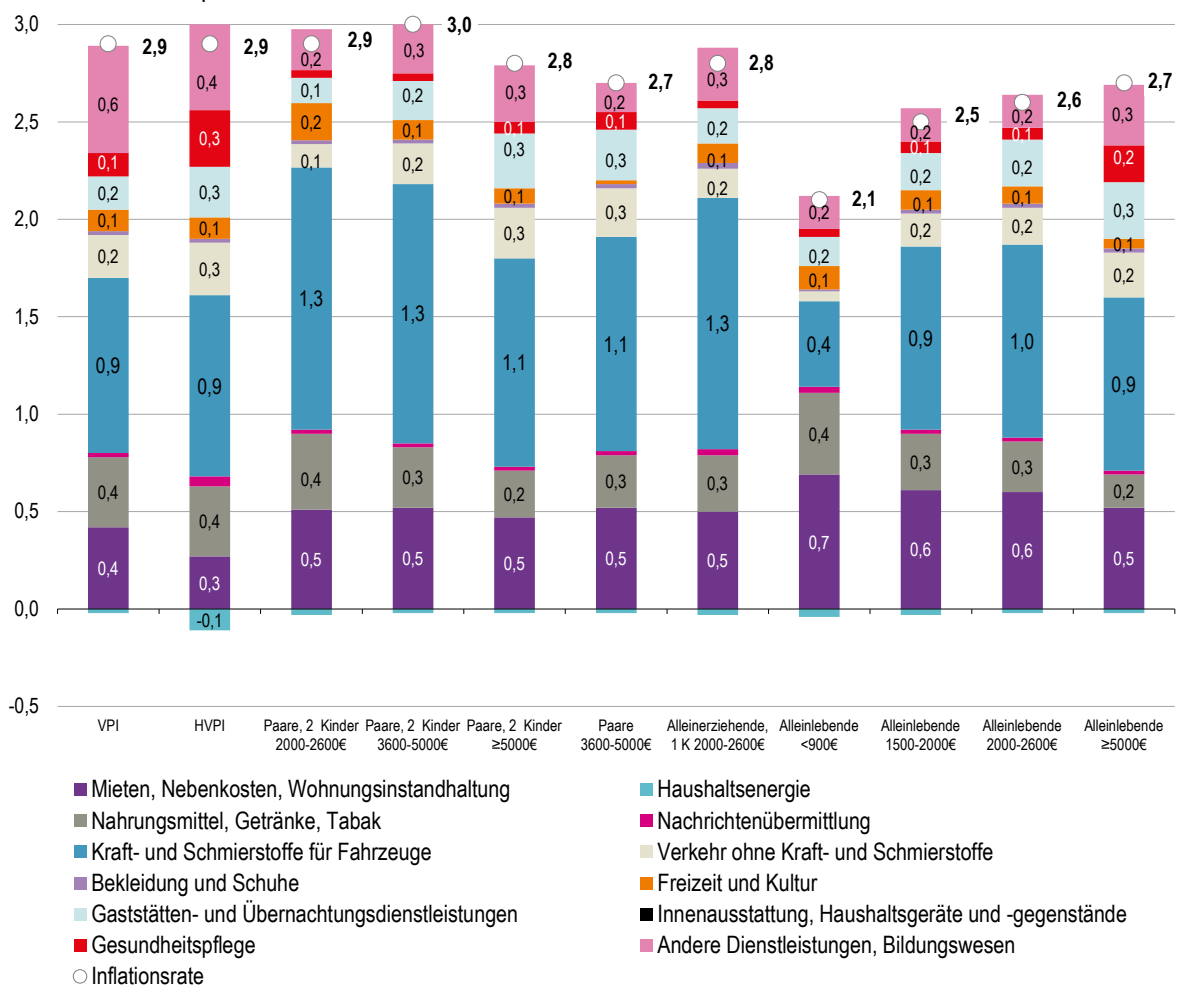
Die Kernrate ohne Energie, Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak, bei der Dienstleistungen ein Gewicht von 65,2 % haben, verringerte sich rundungsbedingt nur um 0,1 Prozentpunkte auf 2,2 %, wobei der Anstieg der enthaltenen Warenpreise unverändert blieb (0,9 %).

Inflationsbelastung der privaten Haushalte deutlich geringer als im April 2022

Die Inflationsraten der neun im IMK Inflationsmonitor monatlich betrachteten Durchschnittshaushalte (siehe Anhang) lagen im April 2026 zwischen 2,1 % und 3,0 %, wobei die Unterschiede primär durch die unterschiedliche Gewichtung der Kraftstoffpreise zustande kamen. Abbildung 3 zeigt die auf der Grundlage von 30 Ausgabenpositionen berechneten haushaltsspezifischen Inflationsraten und die Beiträge der zwölf zusammengefassten Ausgabenpositionen zu der jeweiligen Inflationsrate sowie zum Anstieg des nationalen und des harmonisierten Verbraucherpreisindex.⁴

Abbildung 3: Haushaltsspezifische Inflationsraten und Inflationsbeiträge im April 2026¹

in % bzw. Prozentpunkten



VPI: Verbraucherpreisindex, HVPI: Harmonisierter Verbraucherpreisindex.
 Inflationsbeiträge beim HVPI berechnet als Ribe-Beiträge nach Eurostat (2018).

¹ Mehrere Angaben der „Paare mit 2 Kindern (2.000-2.600 €)“ sind laut Statistischem Bundesamt wegen einer geringen Zahl von Haushalten, die Angaben gemacht haben, sehr unsicher.

Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IMK.



⁴ Die zwölf Ausgabenpositionen weichen dabei von den zwölf Abteilungen des Verbraucherpreisindex ab, um die beiden Komponenten der Gütergruppe Energie gezielt auszuweisen. Daher wurde die Haushaltsenergie aus der Abteilung 4 (Wohnen) herausgelöst und die Kraft- und Schmierstoffe aus der Abteilung 7 (Verkehr). Abteilungen 1 und 2 wurden als Untergruppe Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren zusammengefasst und das Bildungswesen (Abteilung 10) mit einem geringen Gewicht von 0,9 % am Warenkorb der Abteilung 12 (Andere Waren und Dienstleistungen) zugeschlagen (Tabelle A2 im Anhang).

Wie bereits im März 2026 lagen die Inflationsraten der beiden einkommensschwachen Haushaltgruppen im April 2026 an unterschiedlichen Enden der Spannweite. Ausschlaggebend war, dass einkommensschwache Alleinlebende in der Regel nur einen geringen Anteil ihrer Konsumausgaben für Kraftstoffe verwenden, während der Anteil bei Familien im Allgemeinen relativ hoch ist. Bis Februar 2026 lagen die Inflationsraten der beiden einkommensschwachen Haushalte etwa zwei Jahre lang am unteren Rand der hier berechneten haushaltsspezifischen Inflationsraten. Dadurch hatten sich die längerfristigen Inflationsunterschiede zwischen den Haushaltgruppen infolge der durch den Ukrainekrieg ausgelösten Preisschocks der Jahre 2022 und 2023 langsam wieder verringert. Diese bestehen allerdings weiterhin zulasten der Haushalte mit niedrigem Einkommen und jenen mit Kindern. So hatten einkommensstarke Alleinlebende, die seit Februar 2024 stets die höchste Inflationsrate aufwiesen, im längerfristigen Vergleich von 2019 bis 2025 mit 20,8 % die mit Abstand niedrigste Inflationsrate, einkommensschwache Familien mit 22,8 % die höchste (Tober 2026a). Die Angleichung infolge des stärkeren Anstiegs der Dienstleistungspreise sowie des schwächeren Preisanstiegs beziehungsweise sogar rückläufiger Preise bei Gütern des Grundbedarfs wurde durch den aktuellen Energiepreisschock infolge des Irankriegs abrupt gestoppt.

Tabelle 3: Ausgewählte haushaltsspezifische Inflationsbeiträge im April 2026 (April 2022)

Inflationsbeiträge in Prozentpunkten	Paar, 2 Kinder 2.000–2.600 €	Paar, 2 Kinder 3.600–5.000 €	Alleinlebende < 900 €	Alleinlebende ≥ 5.000 €
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	0,4 (1,5)	0,3 (1,2)	0,4 (1,4)	0,2 (0,5)
Miete, Nebenkosten, Instandhaltung	0,5 (0,5)	0,5 (0,5)	0,7 (0,6)	0,5 (0,5)
Haushaltsenergie	0,0 (2,1)	0,0 (1,5)	0,0 (2,6)	0,0 (1,1)
Kraft- und Schmierstoffe	1,3 (2,0)	1,3 (2,0)	0,4 (0,7)	0,9 (1,3)
Verkehr ohne Kraftstoffe	0,1 (0,5)	0,2 (0,7)	0,1 (0,3)	0,2 (0,8)
Freizeit und Kultur	0,2 (0,4)	0,1 (0,6)	0,1 (0,3)	0,1 (0,7)
Gastgewerbe	0,1 (0,2)	0,2 (0,4)	0,2 (0,3)	0,3 (0,5)
Übrige Konsumausgaben	0,3 (0,5)	0,4 (0,6)	0,2 (0,2)	0,5 (0,7)
Inflationsrate in %	2,9 (7,5)	3,0 (7,3)	2,1 (6,5)	2,7 (6,1)

Mehrere Angaben der „Paare mit 2 Kindern (2.000-2.600 €)“ sind laut Statistischem Bundesamt wegen einer geringen Zahl von Haushalten, die Angaben gemacht haben, mit hoher Unsicherheit behaftet.

Die Inflationsbeiträge summieren sich gegebenenfalls rundungsbedingt nicht zur Inflationsrate oder zu den Summen im Text.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IMK.



Sowohl vor Ausbruch des Irankriegs als auch vor Ausbruch des Ukrainekriegs befand sich die Inflation in einer Phase der Normalisierung – nach den Preisschocks von 2022/2023 bzw. den starken Preisschwankungen während der Pandemiejahre. Allerdings betraf der Preisschock 2022 Rohöl-, Erdgas- sowie Nahrungsmittelpreise, und die Ausgangslage war aus vier Gründen deutlich ungünstiger:

- Erstens war die Basis bei der Vorjahresberechnung niedrig, weil sich zentrale Preise noch nicht vollständig von ihren pandemiebedingten Einbrüchen erholt hatten.
- Zweitens stiegen die Erdgaspreise insbesondere infolge des Konflikts zwischen der Ukraine und Russland bereits seit Mitte 2021 über das Vorpandemieniveau hinaus an, was sich auch auf die Strommärkte auswirkte.
- Drittens erhöhte sich auch der Rohölpreis im Zuge der globalen Erholung bereits im Jahresverlauf 2021 über das Vorpandemieniveau hinaus.
- Viertens wertete der Euro im Verlauf des Jahres 2021 und verstärkt nach Ausbruch des Ukrainekriegs ab, wodurch die Importpreise insgesamt stärker zulegten.

Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren sowie Haushaltsenergie und Kraftstoffe lieferten daher im April 2022 insgesamt einen Inflationsbeitrag von 3,5 Prozentpunkten verglichen mit 1,3 Prozentpunkten im April 2026, wobei der zusammengefasste Inflationsbeitrag für einkommensschwache Familien im April 2022 bereits bei 5,6 Prozentpunkten lag, bei einkommensschwachen Alleinlebenden und Familien mittleren Einkommens bei 4,7 Prozentpunkten und bei nur 2,9 Prozentpunkten im Falle von einkommensstarken Alleinlebenden. Im April 2026 waren die entsprechenden Inflationsbeiträge deutlich geringer und lagen zwischen 0,8 und 1,7 Prozentpunkten (Tabelle 1).

Heizöl- und Kraftstoffpreise treiben HVPI-Inflation, Kernrate sinkt auf 2,3 %

Die für die Geldpolitik besonders wichtige Inflationsrate auf Basis des harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) ist in Deutschland im April 2026 nach einem kräftigen Anstieg im Vormonat ebenfalls weiter auf 2,9 % gestiegen (Abbildungen 1 und 3). Entscheidend war auch hier die starke Teuerung der Kraft- und Schmierstoffpreise (25,7 %), die wie im Verbraucherpreisindex 0,9 Prozentpunkte zur Inflation beitrugen, und damit 0,2 Prozentpunkte mehr als im März 2026. Der Preis für Heizöl legte ebenfalls kräftiger zu (20,4 % nach 13,7 % im März 2026), während Flüge (-6,1 % nach 16,0 %) und Pauschalreisen (-3,2 % nach 4,8 %) Preisrückgänge verzeichneten. Die Preise für Flüge und Pauschalreisen dämpften den Preisauftrieb bei Dienstleistungen sowie die Kerninflationsrate ohne Energie, Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak. Letztere verringerte sich um 0,2 Prozentpunkte auf 2,3 %, obwohl die in ihr enthaltenen Warenpreise leicht verstärkt zunahmen (1,0 % nach 0,9 %). Auch der Preisanstieg bei Nahrungsmitteln, Alkohol und Tabak legte leicht zu (2,2 % nach 2,1 %).

Bisher kein geldpolitischer Handlungsbedarf, Bundesregierung muss auf längeren Höhenflug der Energiepreise vorbereitet sein

Wie bereits nach dem Ausbruch des Ukrainekriegs trifft auch der durch den Irankrieg ausgelöste Energiepreisschock die deutsche Wirtschaft in einer Phase der noch andauernden Inflationsnormalisierung und einer erst anlaufenden fiskalpolitisch induzierten konjunkturellen Erholung. In Deutschland und im Euroraum insgesamt ist die Inflation infolge der stark gestiegenen Kraftstoffpreise deutlich auf 2,9 % bzw. 3,0 % gestiegen, während zugleich die Konsum- und Investitions-laune gedämpft wurde. Die Europäische Zentralbank hat umsichtig agiert, indem sie auf ihrer April-Sitzung die Zinsen unverändert lies. Denn die hohen Energiepreise belasten die Wirtschaft und insbesondere die angeschlagene Industrie, die zudem die US-Zölle, die kräftige Euro-Aufwertung im vergangenen Jahr und die starke Konkurrenz auf den Weltmärkten durch chinesische Unternehmen zu verkraften hat. Ohne den starken Rohölpreisanstieg wäre die Inflation im Euroraum in diesem Jahr voraussichtlich unter das Inflationsziel von 2 % gesunken (EZB 2025).

Noch bleibt ein bis zum Sommer begrenzter Höhenflug der Rohöl- und Erdgaspreise ein realistisches Szenario. Sofern die Rohöl- und Erdgaspreise im späteren Verlauf des Jahres wieder auf ihre Niveaus von Ende 2025 zurückfallen, dürfte die Inflation im kommenden Jahr durch die Kombination aus wieder niedrigeren Energiepreisen und den Basiseffekten durch den diesjährigen Preisschub unter 2 % fallen.

Wie der Ukrainekrieg könnte jedoch auch der Irankrieg einen größeren und breiter angelegten Angebotsschock bewirken mit schwerwiegenderen negativen Auswirkungen auf die Inflation und die wirtschaftliche Aktivität. Auf diesen Fall müssen die Regierungen der Euroländer vorbereitet sein, um rasch Maßnahmen ergreifen zu können, die zum einen die Bevölkerung entlasten und zum anderen der Gefahr von Zweitrundeneffekten entgegenwirken.

Der temporäre Tankrabatt war insofern sinnvoll, als er neben den privaten Haushalten auch die Wirtschaft entlastet und direkt auf die Inflation wirkt (Dullien, Rietzler und Tober 2026). Für den Fall eines noch stärkeren Anstiegs der Rohöl- und Gaspreise müssen jedoch weitere Maßnahmen vorbereitet werden, die auch Absprachen mit den Tarifpartnern erfordern. Das gilt insbesondere für eine Neuauflage der abgaben- und steuerfreien Inflationsausgleichszahlung, die darauf abzielt, Zweitrundeneffekte einzudämmen, indem sie den Tarifparteien ein zusätzliches Instrument liefert, durch das sie die Belastungen der Beschäftigten mit steuergeförderten Lohnbestandteilen ausgleichen können, ohne dauerhaft übermäßig steigende Lohnkosten zu verursachen (Dullien und Tober 2023). Darüber hinaus wären Maßnahmen erforderlich, die den Verbrauch fossiler Energien gezielt senken, wie ein niedrigeres Tempolimit auf Autobahnen, autofreie Sonntage und Homeoffice-Pflicht, soweit möglich. Als Lehre aus dem Preisschock 2022 sollten zudem der Strompreis vom Gaspreis entkoppelt und Blaupausen für Energiepreisbremsen und Übergewinnsteuern erarbeitet werden.

Je stärker es den Regierungen unter Einbeziehung der Tarifpartner gelingt, die Inflation einzudämmen und Zweitrundeneffekte durch überhöhte Lohnsteigerungen zu verhindern, desto geringer ist die Notwendigkeit von Zinserhöhungen, die zwangsläufig über eine zusätzliche Dämpfung der wirtschaftlichen Aktivität und steigende Arbeitslosigkeit wirken.

Anhang

Im monatlichen IMK Inflationsmonitor wird seit Anfang 2022 anhand von haushaltsspezifischen Inflationsraten untersucht, wie sich die hohen Preisschocks seit Mitte 2021 auf unterschiedliche Haushaltsgruppen auswirken. Wie die Inflationsrate des Statistischen Bundesamtes werden die haushaltsspezifischen Inflationsraten als Veränderung der gewichteten Verbraucherpreise zum Vorjahresmonat berechnet. Während allerdings die haushaltsspezifischen Inflationsraten weiterhin auf den Ausgabenanteilen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe basieren, berechnet das Statistische Bundesamt den Verbraucherpreisindex seit 2023 (mit Rückrechnung bis 2020) auf Grundlage von Gewichten, die primär aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung abgeleitet werden (Statistisches Bundesamt 2023, Dullen und Tober 2023b).

Tabelle A1: Ausgewählte Haushaltstypen mit unterschiedlichem Nettoeinkommen

Nr.	Haushaltstyp	Nettoeinkommen 2018 (Euro)
1	Paare mit 2 Kindern unter 18 Jahren	2.000–2.600
2	Paare mit 2 Kindern unter 18 Jahren	3.600–5.000*
3	Paare mit 2 Kindern unter 18 Jahren	≥ 5.000
4	Paare	3.600–5.000*
5	Alleinerziehende mit 1 Kind	2.000–2.600*
6	Alleinlebende	500 < 900
7	Alleinlebende	1.500–2.000*
8	Alleinlebende	2.000–2.600
9	Alleinlebende	≥ 5.000

* Einkommensklasse des Medianhaushalts des Haushaltstyps.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2018.



Drei der betrachteten Haushaltsgruppen bestehen aus zwei Erwachsenen und zwei ledigen Kindern unter 18 Jahren, in einem Haushalt lebt eine alleinerziehende Person mittleren Einkommens mit einem Kind, vier sind Ein-Personen-Haushalte und ein Haushalt ist ein Paar-Haushalt ohne Kinder mit mittlerem Einkommen (Tabelle A1). Der Medianhaushalt unter den Paaren mit zwei Kindern fiel im Jahr 2018 in die Gruppe mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 3.600-5.000 Euro. Unter den Alleinlebenden hatte der Medianhaushalt ein Nettoeinkommen von 1.500-2.000 Euro (Statistisches Bundesamt 2020a).⁵ Diese beiden mittleren Haushalte werden durch die Haushaltsgruppe 2 bzw. die Haushaltsgruppe 7 abgebildet. Haushaltsgruppe 9 (alleinlebend mit einem Nettohaushaltseinkommen von über 5.000 Euro) bildet den oberen Rand der Einkommensverteilung ab, während der untere Rand durch

⁵ Berechnet auf Grundlage des Statistischen Bundesamtes (2020a, S. 115 und S. 138). Das jeweilige Durchschnittseinkommen liegt mit 5.604 Euro bzw. 2.142 Euro höher (Statistisches Bundesamt 2020b, S. 100 und S. 124).

Haushaltsgruppe 6 (alleinlebend mit einem Nettohaushaltseinkommen von unter 900 Euro) und Haushaltsgruppe 1 (Paar, 2 Kinder, Nettohaushaltseinkommen von 2.000-2.600 Euro) abgedeckt ist.

Die haushaltsspezifischen Inflationsraten werden exemplarisch für repräsentative Haushaltstypen mittleren Einkommens berechnet sowie für jene am unteren und oberen Rand. Dabei handelt es sich jeweils um Durchschnittshaushalte, also weder Haushalte mit Ölheizung, Gasheizung, Kohleofen oder Wärmepumpe noch Haushalte, die die Mobilität primär mit dem Fahrrad, dem öffentlichen Verkehr, dem Kleinwagen oder dem SUV bestreiten oder Haushalte, die überwiegend tierische Nahrungsmittel essen, Vegetarier sind oder vegan leben. Stattdessen fließen in die Teuerungsrate der durchschnittliche Verbrauch von Öl, Gas, Kohle und Strom ein, ebenso wie die durchschnittlichen Ausgaben der jeweiligen Haushaltsgruppe für verschiedene Nahrungs- und Verkehrsmittel.

Tabelle A2: Haushaltsspezifische Ausgabengewichte: Datengrundlage und Systematisierung

12 Gütergruppen	Klassifikation Verbraucherpreisindex	Ausgabenposition EVS
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	CC13-01	Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke
	CC13-02	Alkoholische Getränke und Tabakwaren
Bekleidung und Schuhe	CC13-03	Bekleidung und Schuhe
Wohnen ohne Haushaltsenergie	CC13-72 (041, 042, 044)	Wohnungsmieten (tatsächlich und unterstellt) und Ähnliches
	CC13-043	Wohnungsinstandhaltung
Haushaltsenergie	CC13-045	Haushaltsenergie
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	CC13-05	Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände
Gesundheitspflege	CC13-06	Gesundheit
Verkehr ohne Kraft- und Schmierstoffe	CC13-071	Kauf von Fahrzeugen
	CC13-0721	Ersatzteile und Zubehör für Fahrzeuge
	CC13-0723	Wartung und Reparatur von Fahrzeugen
	CC13-0724	Andere Dienstleistungen für Fahrzeuge
	CC13-073	Personenbeförderung, Verkehrsdienstleistungen
Kraft- und Schmierstoffe für Fahrzeuge	CC13-0722	Kraft- und Schmierstoffe für Fahrzeuge
Post- und Telekomdienstleistungen	CC13-08	Post- und Telekomdienstleistungen
Freizeit und Kultur	CC13-091	Audio-, Foto-, IT-Geräte und Zubehör
	CC13-092	Sonstige langlebige Gebrauchsgüter und Ausrüstung für Kultur, Sport, Camping
	CC13-093	Andere Güter für Freizeit und Garten, Haustiere
	CC13-094	Freizeit- und Kulturdienstleistungen + Reparaturen
	CC13-095	Druckerzeugnisse, Schreib- und Zeichenwaren
	CC13-096	Pauschalreisen
Gaststätten- und Übernachtungsdienstleistungen	CC13-111	Gaststätdienstleistungen
	CC13-112	Übernachtungen
Andere Dienstleistungen, Bildungswesen	CC13-121	Körperpflege: Dienstleistungen, Geräte, Artikel
	CC13-123	Sonstige persönliche Gebrauchsgegenstände
	CC13-124-127	Sonstige Dienstleistungen
	CC13-10	Bildung

Quellen: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2018; Verbraucherpreisindex, Klassifikation der Verwendungszwecke des Individualkonsum (COICOP 2-/3-/4-/5-/10-Steller/Sonderpositionen), Statistisches Bundesamt.



Literatur

- Breuer, C. / Dullien, S. / Herzog-Stein, A. / Paetz, C. / Rietzler, K. / Stephan, S. / Theobald, T. / Tober, S. / Watzka, S. (2026): Iran-Krieg und Energiepreisschock gefährden wirtschaftliche Erholung – Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2026/2027. IMK Report 200.
- Dullien, S. / Rietzler, K. / Tober, S. (2026): Temporärer Tankrabatt: Trotz Nachteilen vertretbar - Primärer Vorteil ist die Dämpfung der Inflation. IMK Policy Brief Nr. 214, Düsseldorf
- Dullien, S. / Tober, S. (2023a): IMK Inflationsmonitor – Nahrungsmittelpreise dominieren infolge der Revision die Inflationsunterschiede im Januar 2023. IMK Policy Brief 146, Februar.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023b): IMK Inflationsmonitor: Inflationsrate im März 2023 deutlich geringer – Inflationsunterschiede zwischen Haushalten weiter hoch. IMK Policy Brief 148, April.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023c): IMK Inflationsmonitor: Inflationsunterschiede zwischen Haushalten im April 2023 deutlich geringer, Haushaltsenergie verteuert sich weiterhin am stärksten. IMK Policy Brief 150, Mai.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023d): IMK Inflationsmonitor: Basiseffekte überlagern Abwärtstendenz der Inflation - Inflationsunterschiede zwischen Haushalten im Juni 2023 sinken leicht. IMK Policy Brief 154, Juli.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023e): IMK Inflationsmonitor: Inflation und Kerninflation setzen zaghaften Abwärtstrend fort – Inflationsunterschiede zwischen den Haushalten im Juli 2023 sinken auf einen Prozentpunkt. IMK Policy Brief 156, August.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023g): IMK Inflationsmonitor: Inflationsrate fällt im September 2023 auf 4,5 % - Tendenz sinkend. IMK Policy Brief 159, Oktober.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023h): IMK Inflationsmonitor: Erdgas- und Strom trotz Preisbremsen im Oktober 2023 immens teurer als 2019 - Inflation weiter im Sinkflug. IMK Policy Brief 160, November.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023i): IMK Inflationsmonitor: Inflation trotz noch stark steigender Nahrungsmittelpreise im November auf 3,2 % gefallen. IMK Policy Brief 162, Dezember.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024a): IMK Inflationsmonitor: Inflation sinkt von 8,7 % auf 3,7 % im Verlauf von 2023. IMK Policy Brief 163, Januar.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024b): IMK Inflationsmonitor: Staatliche Maßnahmen verhindern noch stärkeren Rückgang der Inflation im Januar 2024. IMK Policy Brief 164, Februar.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024c): IMK Inflationsmonitor: Inflation in Deutschland und im Euroraum nähern sich weiter der 2-Prozent-Marke – Zinssenkung überfällig. IMK Policy Brief 164, März.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024d): IMK Inflationsmonitor: Inflation erreicht im März 2024 mit 2,2 % fast die Marke für Preisstabilität. IMK Policy Brief 166, April.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024e): IMK Inflationsmonitor: Inflation verharrt wegen höherer Mehrwertsteuer auf Erdgas im April bei 2,2 % – Kernrate sinkt deutlich. IMK Policy Brief 169, Mai.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024f): IMK Inflationsmonitor: Inflation im Mai 2024 mit 2,4 % leicht höher - Abschwächungsprozess hin zum Inflationsziel intakt. IMK Policy Brief 170, Juni.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024g): IMK Inflationsmonitor: Inflation im Juni 2024 mit 2,2 % wieder praktisch am Inflationsziel, VPI-Kernrate seit drei Monaten unter 3 %. IMK Policy Brief 172, Juli.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024h): IMK Inflationsmonitor: Inflation im Juli 2024 mit 2,3 % leicht höher. IMK Policy Brief 174, August.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024i): IMK Inflationsmonitor: Inflation fällt im August 2024 auf 1,9 %, Kernrate sinkt auf 2,6 %. IMK Policy Brief 177, September.
- EIA (2026): Strait of Hormuz. Factsheet. U.S. Energy Information Administration, Washington, DC, Februar.
- EIA (2025): Geopolitical developments contribute to elevated diesel prices. In-brief analysis. U.S. Energy Information Administration, Washington, DC, 3. Dezember.
- Eurostat (2026): Questions & Answers on the improvements in the Harmonised Index of Consumer Prices (HICP) effective January 2026. Luxemburg, 4. Februar.
- Eurostat (2018): Harmonised Index of Consumer Prices (HICP). Methodological Manual. Luxemburg, November.
- EZB (2025): Gesamtwirtschaftliche Projektionen. Frankfurt/M., 18. Dezember.

- Statistisches Bundesamt (2023): Hintergrundpapier zur Revision des Verbraucherpreisindex für Deutschland 2023. Wiesbaden, 22. Februar.
- Statistisches Bundesamt (2020a): Wirtschaftsrechnungen. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Konsumausgaben privater Haushalte 2018. Fachserie 15, Heft 5, 29. Mai 2020 (Seiten 31-34 und 97-144 korrigiert am 28. Oktober 2021), Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2020b): Wirtschaftsrechnungen. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte. FS 15, H. 4, 23, April, Wiesbaden.
- Tober, S. (2022): IMK Inflationsmonitor – Haushaltsspezifische Teuerungsraten: Wie stark unterscheidet sich die Belastung durch Inflation? IMK Policy Brief 114, Januar.
- Tober, S. (2023): IMK Inflationsmonitor – Inflationsrate einkommensschwacher Haushalte sinkt trotz steigender Nahrungsmittelpreise leicht im Februar 2023. IMK Policy Brief 147, März.
- Tober, S. (2024): IMK Inflationsmonitor – Inflation in Deutschland fällt im September 2024 auf 1,6 %, Energiepreise trotz Rückgangs auf hohem Niveau. IMK Policy Brief 178, Oktober.
- Tober, S. (2024): IMK Inflationsmonitor – Inflation in Deutschland im Oktober 2024 bei 2 %, Nahrungsmittel 37,1 % teurer als vor fünf Jahren. IMK Policy Brief 182, November.
- Tober, S. (2024): IMK Inflationsmonitor: Inflation steigt im November 2024 auf 2,2 %, haushaltsspezifische Inflationsraten liegen nah beieinander. IMK Policy Brief 183, Dezember.
- Tober, S. (2025a): IMK Inflationsmonitor: Inflation mit 2,2 % im Jahr 2024 sehr nah am Inflationsziel, Dynamik noch von Folgen der Preisschocks geprägt. IMK Policy Brief 184, Januar.
- Tober, S. (2025b): IMK Inflationsmonitor: Inflation zu Jahresbeginn 2025 trotz staatlich bedingter Preiserhöhungen bei 2,3 %. IMK Policy Brief 187, Februar.
- Tober, S. (2025c): IMK Inflationsmonitor: Inflation verharrt im Februar 2025 bei 2,3 %, Kernrate sinkt auf 2,6 %. IMK Policy Brief 188, März.
- Tober, S. (2025d): IMK Inflationsmonitor: Inflation fällt im März 2025 auf 2,2 %, auch Kernrate sinkt weiter. IMK Policy Brief 190, April.
- Tober, S. (2025e): IMK Inflationsmonitor: Inflation fällt im April 2025 weiter auf 2,1 %, Kernrate durch Osterfeiertage verzerrt. IMK Policy Brief 191, Mai.
- Tober, S. (2025f): IMK Inflationsmonitor: Inflation verharrt im Mai 2025 bei 2,1 %, Anstieg der Dienstleistungspreise deutlich verringert. IMK Policy Brief 192, Juni.
- Tober, S. (2025g): IMK Inflationsmonitor: Inflation sinkt im Juni 2025 auf 2,0 %, erneut schwächerer Preisauftrieb bei Dienstleistungen. IMK Policy Brief 194, Juli.
- Tober, S. (2025h): IMK Inflationsmonitor: Inflation im Juli 2025 erneut bei 2 %, harmonisierte Rate sinkt auf 1,8 %. IMK Policy Brief 195, August.
- Tober, S. (2025i): IMK Inflationsmonitor: Inflation steigt im August auf 2,2 %, Energiepreise dämpfen deutlich weniger. IMK Policy Brief 198, September.
- Tober, S. (2025j): IMK Inflationsmonitor: Inflation steigt im September auf 2,4 %, vorübergehende Effekte dominieren. IMK Policy Brief 199, Oktober.
- Tober, S. (2025k): IMK Inflationsmonitor: Inflation sinkt im Oktober auf 2,3 %, Preisauftrieb bei Dienstleistungen weiterhin kräftig. IMK Policy Brief 199, November.
- Tober, S. (2025l): IMK Inflationsmonitor: Inflation verharrt im November bei 2,3 %, deutsche Rate verhindert Rückgang der Euroraum-Inflation. IMK Policy Brief 206, Dezember.
- Tober, S. (2026a): IMK Inflationsmonitor: Inflation fällt im Dezember 2025 auf 1,8 %, Jahresrate 2025 mit 2,2 % ebenfalls nah am EZB-Ziel. IMK Policy Brief 208, Januar.
- Tober, S. (2026b): IMK Inflationsmonitor: Deutsche Inflation steigt im Januar 2026 auf 2,1 %, Euroraum-Inflation mit 1,7 % deutlich niedriger. IMK Policy Brief 209, Februar.
- Tober, S. (2026c): IMK Inflationsmonitor: Kraftstoffpreise bereits im Februar spürbar gestiegen, deutsche Inflation sinkt dennoch auf 1,9 %. IMK Policy Brief 210, März.
- Tober, S. (2026d): IMK Inflationsmonitor: Heizöl- und Kraftstoffpreise lassen deutsche Inflation im März 2026 auf 2,7 % schnellen. IMK Policy Brief 212, April.

Impressum

Herausgeber

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung, Georg-Glock-Str. 18,
40474 Düsseldorf, Telefon +49 211 7778-312, Mail imk-publikationen@boeckler.de

Die Reihe „IMK Policy Brief“ ist als unregelmäßig erscheinende Online-Publikation erhältlich über:
<https://www.imk-boeckler.de/de/imk-policy-brief-15382.htm>

ISSN 2365-2098



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Lizenz:
Namensnennung 4.0 International (CC BY).

Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell.

Den vollständigen Lizenztext finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>

Die Bedingungen der Creative Commons Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B. von Abbildungen, Tabellen, Fotos und Textauszügen erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.
